

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2014)

Heft: 1: Fukushima ohne Ende

Artikel: Japans Ex-Premier korrigiert seine atompolitischen Fehler

Autor: Schär, Katia / Tagikawa, Kaori

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586010>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Japan's Ex-Premier korrigiert seine atompolitischen Fehler

Als Premierminister war Junichiro Koizumi ein eifriger Befürworter der Atomenergie. Heute ist er ein vehemente Gegner, der für diese Mission seinen Ruhestand opfert. Die Ursache seines Engagements ist nicht etwa die Havarie in Fukushima, sondern die ungelöste Atommüll-Frage.

Von KATIA SCHÄR und KAORI TAGIKAWA*
katia.schaer@energiestiftung.ch, kaori.tagikawa@gmx.ch

Rechtsnational und neoliberal, ein Verehrer von Wagner, erklärter Fan von Elvis und Freund von George W. Bush. Ein extrovertierter Politiker, der auch schon mit «Hitler vor der Nazizeit» verglichen worden ist – das ist Junichiro Koizumi, der während seiner Amtszeit nie da gewesene Popularitätswerte erreicht hat. Der heute 72-jährige Ökonom reihte nach einer einzigen Niederlage als 27-jähriger Neuling einen politischen Erfolg nach den anderen, stieg die Karriereleiter empor und wurde 2001 zum Premierminister gewählt. Er, der in seinem Leben kaum anderes als Politik gemacht hat, verkündete nach fünfeinhalb Jahren Amtszeit, Politik sei nicht sein einziger Lebensinhalt, legte sein Amt nieder und übernahm erst Jahre später wieder eine «öffentliche» Aufgabe.



Junichiro Koizumi, Japans Ex-Premier

Foto: Fabio Rodrigues Pozzebom/Agência Brasil

Koizumi fordert den Atomausstieg

Nach sieben Jahren ohne politische Auftritte gelangt Koizumi seit letztem Jahr wieder an die Öffentlichkeit. Er hat eine neue Mission: Der einst dogmatische Verfechter der Atomenergie, während dessen Amtszeit vier neue AKW ans Netz gingen, wendet sich gegen den amtierenden Premierminister Shinzo Abe, dessen politischer Mentor er einst war, und fordert den sofortigen Atomausstieg.

Koizumis Wandlung vom Saulus zum Paulus – hier ist dieser Vergleich wirklich angebracht – steht durchaus im Zusammenhang mit dem Super-GAU in Fukushima Daiichi. Diese «elende Realität» hat ihn schockiert, aber nicht zu einer Rückkehr in die politische Öffentlichkeit bewogen. Auslöser war letztlich eine Fernsehdokumentation des staatlichen Fernsehsenders NHK über die Endlagerung von Atommüll. Koizumi begann zu recherchieren und begab sich schliesslich im letzten Sommer mit Vertretern der AKW-Konstrukteure Toshiba, Hitachi und Mitsubishi auf eine Reise nach Finnland. Ihr Ziel: das sich im Bau befindliche End-

lager Onkalo – finnisch für Versteck – in Olkiluoto. Für eine sichere Lagerung von hoch radioaktivem Müll für 100'000 Jahre ist es konzipiert, aber Koizumi zeigte sich alles andere als begeistert. Für ihn sind die Zeiträume, mit denen für die Endlager gerechnet werden muss, jenseits jeglicher Vorstellungskraft und viel zu lange. Ein Projekt dieser Tragweite müsste begleitet werden. «In 300 Jahren soll die Sicherheit nochmals neu bewertet werden», zitiert ihn die Tageszeitung Mainichi Shinbun. «Bis dann sind aber alle heute noch Lebenden tot.»

Belogen und betrogen

Ein vergleichbares Projekt zum finnischen Endlager sei in Japan, geologisch und geografisch, nicht realisierbar. «Es gibt keinen Ort in Japan, wo wir unseren Müll lagern können. Die einzige denkbare Option ist also die «Null-Atomstrom-Lösung».» Der Ex-Premier, der einst propagierte, nur durch Atomstrom könne sein Land die klimarelevanten CO₂-Emissionen reduzieren, fühlt sich heute von den Energieversorgungsunternehmen belogen und betrogen.

«Experten haben uns gesagt, Atomkraft sei sicher, sei günstig und der einzige Weg, wenn wir auf Kohle verzichten wollen – und wir haben ihnen all die Jahre geglaubt», ereiferte er sich in einem Interview mit der «Morgensonne-Zeitung». Kein Land dürfe Atomkraft produzieren, ohne ein Endlager für hoch radioaktiven Müll zu haben, sagte er in einer Rede in Nagoya vor 2500 Zuhörern. Und im Erdbebenland Japan sei ein solches zu bauen unmöglich. Auch politisch: Die japanische Regierung hat in der Vergangenheit bei den Gemeinden nachgefragt, wer denn eine Endlagerstätte haben will. Keine hat sich gemeldet. Jetzt werde der Staat Standorte bestimmen, entschied die Regierung letzten Dezember.

Nicht zögern, eigene Fehler zu korrigieren

Koizumi, der als Politiker für seine Prinzipientreue bekannt war, sagt heute: «Man soll nie zögern, eigene Fehler zu korrigieren.» Japan müsse und könne sich ohne Atomstrom weiterentwickeln. Das sei kein unmögliches, sondern ein umsetzbarer Traum, den etwa Deutschland – das er ebenfalls im Sommer besucht hat – bereits verwirklicht, schreibt Koizumi seinem

politischen Weggefährten Morihiro Hosokawa. Und wann sei der Moment günstiger als jetzt, wenn alle AKW vom Netz seien. «Japan ist das einzige Land mit Atomkraftwerken, von denen kein einziges in Betrieb ist – und das dennoch nicht stillsteht», proklamierte er dieser Tage in Tokio.

Zurzeit schliesst Japan seine Lücke in der Energieversorgung mit der Einfuhr von Gas für ihre teilweise eingemotteten Wärmekraftwerke. Gas ist allerdings in Japan doppelt so teuer wie in Europa – und als Folge davon ist Japans einst vorbildliche Handelsbilanz ins Minus gerutscht. Dies ist auch für Koizumi kein Zustand. Er jedoch setzt auf die Erneuerbaren: «Wenn in Europa schon so viel erneuerbarer Strom produziert wird, kann Japan das auch.»

Erneuerbare sollen Atomstrom ersetzen

Japan könnte seinen Atomstrom komplett durch erneuerbare Energien ersetzen und aufhören, Atommüll zu produzieren, davon ist er überzeugt. Selbst wenn die kühnsten Vorstellungen über moderne Technologien wahr würden, dank derer die Strahlung des Mülls zeitlich enorm reduziert werden könnte – die Zeiträume blieben immer zu riesig, um ein Endlager kontrollieren zu können. Und es würde an der Tatsache nichts ändern, dass ein Endlager in Japan niemals realisiert werden könnte.

Koizumi, der nie mehr zurück in die Politik möchte, hat sich ein politisches Ziel gesetzt: die Japanerinnen und Japaner vom Atomausstieg zu überzeugen. Ein hehres und eigentlich gar nicht so unmögliches Ziel, denn laut einer Umfrage der Presseagentur Kyodo sind 60% der Japaner gegen das Wiederauffahren der Reaktoren.

Doch nichts gelernt?

Anfang Februar, als es darum ging, bei der Wahl des Gouverneurs der Präfektur Tokio die politischen Weichen dafür zu stellen, hatten jedoch die Probleme der Atomenergie und die Folge der Reaktorkatastrophe bei den Wählern nicht mehr erste Priorität. Auch in den Medien sei extrem wenig über die Unfallreaktoren in Fukushima berichtet



Friedlich Demonstrierende für die Energieautonomie-Initiative in der Präfektur Shimane.

Foto: Masatake Uezono

worden, beobachtete der langjährige Atomgegner und ehemalige Botschafter Japans in der Schweiz, Mitsuhei Murata. Anstelle des Anti-AKW-Kandidaten Morihiro Hosokawa wurde der Atombefürworter Yoichi Masuzoe gewählt.

Koizumis Chance auf politische Unterstützung seiner Kampagne «Atomkraft – Nein danke» ist vorerst gescheitert. Er bedauert es. Aber Koizumi gibt nicht auf: «Ich kämpfe weiter für ein AKW-freies Japan.»

* Kaori Tagikawa lebt in Bern, ist Fachjournalistin und schreibt über Energie und Japan.

Anti-AKW-Bewegung in Japan: ein Beispiel aus Shimane

Im zentralistischen Japan erlaubt die Verfassung den Präfekturen eine mehrheitlich autonome Selbstverwaltung und Gesetzgebung. Darauf stützt sich die Anti-AKW-Bewegung «Bürgernetzwerk AKW und Energiethemen Shimane» der gleichnamigen Provinz im Südosten des Landes. Sie fordert ein regionales Gesetz für die Energieautonomie, das sich vor allem am Atomausstieg und am Ausbau der Produktion erneuerbarer Energien orientiert und die Weichen für eine energieeffizientere Gesellschaft stellt.

Vor allem die 200'000 EinwohnerInnen der Präfekturhauptstadt Matsue fühlen sich durch die Nähe der beiden Reaktoren des Atomkraftwerks Shimane, nur wenige Kilometer ausserhalb der Stadt, zunehmend unsicher.

Bei der Bevölkerung fällt das Anliegen auf fruchtbaren Boden: Innerhalb von zwei Monaten hat die Anti-AKW-Bewegung über 90'000 Unterschriften gesammelt – achtmal mehr, als für eine solche Initiative erforderlich ist. «Die Gesetzesvorlage stösst auf grosse Sympathie. Fast alle, die wir mit unserer Aktion erreichen konnten, haben unterschrieben», erzählt Takehiko Hobo, Vorsitzender des Bürgernetzwerks. Die Region wolle ihr Energiekonzept selbst festlegen.

Nun liegt der Ball beim Parlament, denn das politische Instrument der Volksinitiative und eine direkte Demokratie wie in der Schweiz gibt es in Japan nicht. Hobo hat aber wenig Hoffnung: «Gouverneur und Parlament möchten die Energiepolitik nicht autonom regeln, sondern den Kurs der Zentralregierung halten.» Und die fährt bekanntlich nicht mehr zwingend auf der Atomausstiegsschiene. Diese Aktion ist Teil einer ganzen Reihe von Versuchen von Bürgerinitiativen, ein Anti-AKW-Gesetz durchzubringen – alle ohne Erfolg.